

1 MEHRKOSTEN DER BAUERNBETRIEBE NOCH NICHT GEDECKT

Die Ladenpreise der Lebensmittel steigen, bis zu den einheimischen Bauernfamilien gelangen diese aber ungenügend. Obwohl «teurere Rohstoffe» oft und in völlig ungerechtfertigtem Ausmass als Begründung für die höheren Ladenpreise hinhalten müssen.

Die einheimischen Bauernfamilien müssen für ihre Zukäufe z.B. von Dünger, Energie oder Treibstoff laufend mehr bezahlen. In den letzten Monaten sind die sogenannten Vorleistungskosten um rund 900 Mio. Franken gestiegen. In der Folge verlangte der Schweizer Bauernverband (SBV) bereits im Februar, dass sich auch die Produzentenpreise für die landwirtschaftlichen Rohstoffe substantiell erhöhen müssen. In den letzten Wochen fanden verschiedene Preisverhandlungen statt. Eine Zwischenbilanz zeigt, dass es Verbesserungen bei Milch, Rindfleisch, Kartoffeln, Getreide oder Zuckerrüben gab. Diese reichen aber nicht ganz aus, um die Mehrkosten zu decken. Gemäss Schätzungen bleibt eine Lücke von 200 bis 300 Millionen Franken, was rund 10 Prozent des Sektoreinkommens entspricht. Die Bauernfamilien bleiben also auf rund einem Drittel ihrer Mehrkosten sitzen. Der SBV bleibt aktiv!

2 MEHRPREIS BEIM BROT KOMMT KAUM ZUR LANDWIRTSCHAFT!

Die Abnehmer sind knausrig bei Erhöhungen auf Stufe der Landwirtschaft, nutzen diese aber sehr gerne als Argument, um die Preise für ihre Produkte nach oben zu korrigieren. So war in der Tageschau zu hören, dass das teurere Brot, eine Folge der gestiegenen Rohstoffpreise sei. Das ist erstens insofern ungerechtfertigt, als die erste Preiserhöhung beim Brot bereits Anfang Jahr stattfand. Zweitens ist die Auswirkung auf die Ladenpreise äusserst gering. Mit der nun festgelegten Richtpreiserhöhung beim Brotgetreide nehmen die Kosten für den Rohstoff Getreide für 1 kg Brot um knapp 1 Prozent zu. 1 kg Brot zum Preis von 4 Franken verteuert sich deshalb um 4 bis 5 Rappen. Die erfolgten Preiserhöhungen lassen es mehr als zu, die zusätzlichen Kosten bei den Bauernfamilien vollumfänglich zu decken und die Produzentenpreise weiter zu erhöhen.